

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

BUWAL  
Forstdirektion  
3003 Bern

31. Oktober 2005

**Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz)**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, uns zum eingangs erwähnten Gesetzesentwurf zu äussern.

**Grundsätzliches**

Das heutige Waldgesetz vom 4. Oktober 1991 hat sich aus Sicht der EVP grundsätzlich bewährt. Gleich sieht dies auch der erläuternde Bericht zur vorliegenden Teilrevision. In den Jahren 2002/03 wurde im Waldprogramm Schweiz (WAP) die zukünftige Waldpolitik des Bundes in einem breit abgestützten Prozess erarbeitet. Darin werden Ziele, Strategien und Massnahmen für die Zukunft des Schweizer Waldes festgehalten. Die Schwerpunkte der zukünftigen Ziele des Bundes liegen richtigerweise bei seinen Kernaufgaben in den Bereichen Schutzwald und Biodiversität. Diese Massnahmen können aber bereits heute, ohne gesetzliche Anpassungen auf Stufe Bund, ergriffen werden.

Die beabsichtigten Impulse für die Steigerung der Effizienz der Waldwirtschaft werden indes mit dieser Revision nur in bescheidenem Masse erreicht. Entscheidende effizienzhemmende Ursachen liegen bei der Kleinräumigkeit unserer Landschaft, zu kleinen Forstrevieren, die meist unter 200 ha, statt bei 700 ha und mehr liegen, bei einer mangelnden Managementausbildung der Förster, bei einer ungenügenden Koordination von Wald- und Holzwirtschaft, d.h. einer schlechten Koordination von Angebot und Nachfrage, bei mangelnder Koordination und Kapazitäten innerhalb der Holzkette und einem noch stark verbesserungsfähigen Marketing für Holzprodukte in einer breiten Öffentlichkeit. Diese Probleme

*können nicht mittels einer Gesetzesrevision gelöst werden, sondern müssen von Wald- und Holzwirtschaft selber angepackt werden.*

*Unabhängig von der vorliegenden Revision wird das Waldgesetz gewisse notwendige Anpassungen durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) erfahren. Durch Änderungen im Bereich der Ausbildung an der ETH Zürich muss ein anderer Gesetzesartikel punktuell angepasst werden (Art. 29 WaG).*

**Die EVP ist daher der Meinung, dass sich die vorliegende Gesetzesrevision nicht aufdrängt und nur Art. 29 WaG als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs angepasst werden sollte.**

*Für den Fall, dass dennoch eine Revision an Hand genommen würde, unterbreitet die EVP folgende Bemerkungen und Abänderungsanträge:*

### **Zu Art. 7 Rodungersatz**

**Antrag: Abs. 3 ist folgendermassen abzuändern:**

- 3 Auf den Realersatz wird verzichtet
  - a. bei Rodungen im Uferbereich von Gewässern zur Wiederherstellung naturnaher Verhältnisse und zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes;
  - b. bei Rodungen zur Wiederherstellung und Pflege von Biotopen von nationaler Bedeutung.**

*Begründung:*

*Hochmoore, Flachmoore und Trockenwiesen verbuschen und verwalden nach deren Entwässerung bzw. nach der Aufgabe der Bewirtschaftung. Für die Wiederherstellung oder Pflege dieser wichtigen Lebensräume ist es oft nötig, Bäume zu entfernen. Je nach Auffassung der kantonalen Forstbehörden kann ein solches Gebiet Wald im Rechtssinn bleiben oder es ist eine Rodung notwendig. In denjenigen Kantonen, in denen eine Rodung als notwendig erachtet wird, wird die Realisierung der Massnahmen erschwert, weil Flächen für Ersatzaufforstungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Da die Erhaltung und die Aufwertung der Biotope von nationaler Bedeutung nach NHG ebenso eine Bundesaufgabe darstellt wie die Walderhaltung, soll bei deren Wiederherstellung und Pflege auf den Realersatz verzichtet werden, sofern überhaupt eine Rodung als notwendig erachtet wird.*

*Ausserdem verlangt die EVP, dass Ersatzmassnahmen wiederum der Biodiversität zugute kommen, da sie, wie der Name schon sagt, ein Ersatz für verloren gegangene Biodiversität sind. Eine allfällige Umlenkung von Ersatzmassnahmen in Richtung Wald- oder Holzwirtschaft wird strikte abgelehnt.*

### **Zu Art. 10 / 13 Waldfeststellung / Abgrenzung von Wald und Nutzungszonen**

**Antrag : Art. 10 unverändert gemäss bisher geltendem Gesetz belassen. Als Folge davon braucht auch Art. 13 keine Änderung.**

*Begründung:*

*Wie im erläuternden Bericht zur Revision richtig festgehalten wird (S. 6), ist die Ursache für den Einwuchs des Waldes nicht das Waldgesetz, das Flächen zu Wald erklärt und Ro-*

*dungen verbietet, sondern die Tatsache, dass die landwirtschaftliche Bewirtschaftung aufgegeben wird. Diese Tatsache ändert mit der neuen Bestimmung keineswegs. Somit kann mit der Änderung des Waldgesetzes allein die Zunahme der Waldfläche weder gestoppt noch verlangsamt werden. Der revidierte Artikel wird somit sein Ziel nicht erreichen. Daneben bringt er folgende Nachteile und ist auch deshalb abzulehnen:*

- 1. Er stiftet Verwirrung und erschwert die Durchsetzung des Waldgesetzes, indem er zwei Klassen von Wald schafft: Einerseits Wald, der auch rechtlich gesehen Wald ist, und andererseits Wald, der zwar physisch vorhanden ist, aber ausserhalb der einmal im Nutzungsplan gezogenen Waldgrenze gewachsen ist, und daher kein Wald im Rechtssinn sein kann. Obwohl beide Arten von „Wald“ sich dereinst äusserlich nicht mehr unterscheiden lassen werden, gelten unterschiedliche Regeln (z.B. Rodung, Beweidung). Da der Einwuchs des Waldes fortschreiten wird, wird es Wälder geben, die zu einem grossen Teil „kein Wald“ sind. Die planerische Waldgrenze wird im Gelände schwierig zu finden sein. Der Forstdienst wird Mühe haben, das Waldgesetz anzuwenden, und es besteht die Gefahr, dass auch im „echten“ Wald die Normen nicht mehr vollzogen werden können, so etwa das Rodungsverbot.*
- 2. Eine flächendeckende Waldfeststellung im Zuge der Nutzungsplanung auf Vorrat, auch an Orten, wo keine besondere Veranlassung besteht, beschert den Kantonen einen völlig unnötigen, riesigen bürokratischen Aufwand. Die Nutzungsplanung wird zusätzlich aufgebläht und verzögert.*
- 3. Die obligatorische Waldfeststellung im Zuge der Nutzungsplanung setzt die Eigentümer von einwachsenden Flächen unter Druck zu rechtzeitigem Handeln, wenn sie verhindern wollen, dass ihre Fläche als Wald deklariert wird. Unterlassen sie es, „droht“ ihnen die Waldfeststellung unter Umständen viel früher als dies bisher der Fall ist und als ihnen lieb ist.*
- 4. Eine weitere Problematik liegt darin, dass die Entfernung der Bestockung der nicht mehr als Wald geltenden Flächen nicht genügend geregelt wird und damit die Möglichkeit besteht, in solchen Flächen nach eigenem Gutdünken des Eigentümers Entstockungen vorzunehmen, die Rückführungen in ökologisch wertvolle Flächen aber aus Kostengründen kaum durchgesetzt werden können.*

*Abs. 1 von Art. 10 sieht bereits heute die Möglichkeit vor, dass, wer ein schutzwürdiges Interesse hat, vom Kanton jederzeit feststellen lassen kann, ob eine Fläche Wald ist. Eigentümer, Bewirtschafter oder Nachbarn von Flächen, die an Wald grenzen und/oder am Einwachsen sind, können also auch heute jederzeit eine Waldfeststellung verlangen und die festgestellten Waldgrenzen eintragen lassen. Die vorgeschlagene Regelung will dieses bewährte Prinzip umkehren: In vom Kanton bezeichneten Gebieten wird ohne besondere Veranlassung, ohne Zutun und unter Umständen auch gegen den Willen der Grundeigentümer eine Waldfeststellung veranlasst.*

*Als Alternative zur Revision des Artikels wäre eine Erhöhung des Alters der Bestockung für Eingriffe auf Einwuchsflächen in höheren Lagen (Art. 1 WaV) zu verlängern: von heute 20 Jahren auf 30 oder 40 Jahre.*

## **Zu Art. 14 Zugänglichkeit**

### **Antrag: Art. 14 ist folgendermassen abzuändern:**

<sup>2</sup> Wo es die Erhaltung des Waldes oder andere öffentliche Interessen wie namentlich der Schutz von Pflanzen und wildlebenden Tieren erfordern, haben die Kantone:

b. die Durchführung von grossen oder mit erheblichen **Störungen** verbundenen Veranstaltungen im Wald einer Bewilligung zu unterstellen.

### *Begründung:*

Die Ausweitung der Bewilligungspflicht für Veranstaltungen im Wald ist aus der Sicht des Schutzes des Waldes und seiner Bewohner zu begrüssen. Es ist allerdings nicht einzusehen, weshalb mit der Ausweitung nur Lärmemissionen erfasst werden. Die Kantone, denen es obliegt zu definieren, was sie als grosse Veranstaltung bezeichnen (z.B. ab wie vielen anwesenden Personen), setzen die Schwelle teilweise recht hoch an (mehrere hundert Personen). Es ist aber gut vorstellbar, dass auch eine Veranstaltung, die nicht als gross eingestuft wird, ausser dem Lärm Störungen verursacht, die wildlebende Pflanzen und Tiere erheblich beeinträchtigt, so etwa durch eine flächendeckende Verteilung von Leuten in der Nähe von empfindlichen Gebieten während der Brut- und Setzzeit.

## **Zu Art. 15 Motorfahrzeugverkehr**

Die EVP ist damit einverstanden. Wichtig ist aber, dass sich die Ausnahmen zu landwirtschaftlichen Zwecken auf die eigentliche Landwirtschaft beschränken. Ausnahmen für landwirtschaftliche Nebenbetriebe (Gewerbe, Restauration, Agrotourismus) könnten zu einer massiven Zunahme des Motorfahrzeugverkehrs auf Waldstrassen führen und dürfen daher nicht in Betracht fallen.

## **Zu Art. 20 Bewirtschaftungsgrundsätze**

### **Antrag: Abs. 1 ist folgendermassen abzuändern:**

Der Wald ist auf seiner ganzen Fläche naturnah und so zu bewirtschaften, dass er seine Funktionen dauernd und uneingeschränkt erfüllen kann (Nachhaltigkeit).

### *Begründung:*

Dass die naturnahe Bewirtschaftung explizit erwähnt wird, ist zu begrüssen. Es darf aber auf keinen Fall zu einer weitgehenden oder sogar totalen Trennung der einzelnen Waldfunktionen kommen. Die naturnahe Bewirtschaftung muss daher explizit auf der ganzen Fläche gelten, die bewirtschaftet wird. Eine naturnahe Waldbewirtschaftung und eine effiziente Holznutzung müssen keine Gegensätze sein. Sie können und müssen am selben Standort gleichzeitig verwirklicht werden. Auch die Erholung suchende Bevölkerung und auswärtige Gäste werden nicht zwischen Nutzwald und naturnahem Wald unterscheiden: Sie erwarten überall in der Schweiz vielfältige, naturnahe Wälder.

Der Abschied von der naturnahen Bewirtschaftung auf der gesamten Wirtschaftsfläche würde in eine Situation wie in der Landwirtschaft führen, wo man heute mit Milliardenbeträgen wiederum versucht, mit naturnahen Elementen die Biodiversität des Kulturlandes zu fördern. Der in der Schweiz bewährte naturnahe Waldbau, der sich in seinen kleinflächigen Behandlungsmustern an den natürlichen Abläufen orientiert, auf den Standort Rücksicht nimmt und auf derselben Fläche verschiedene Funktionen erfüllt, wird international als grosse Errungenschaft anerkannt. Er basiert auf Erfahrungswerten, die sich durch die gute Ausbildung der im Wald Arbeitenden über Generationen entwickeln konnten und welche sich ständig

weiter entwickeln. Wenn der Bundesrat nun wie vorgeschlagen zum ersten Mal die Anforderungen an den naturnahen Waldbau festlegt, ist es wichtig, dass diese Anforderungen umfassend formuliert werden und dem heutigen Verständnis von naturnahem Waldbau in Forschung und Praxis entsprechen. Dies bedeutet, dass mindestens die Bereiche

- standortgerechte und einheimische Baumartenwahl
- Abstützung auf natürliche Prozesse und Naturverjüngung
- Förderung der Artenvielfalt auf der ganzen Waldfläche
- Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit
- Verzicht auf Dünger, chemische Hilfsmittel und gentechnisch veränderte Organismen und Stoffe
- regelmässige Aus- und Weiterbildung der im Wald beschäftigten Personen in Standortkunde, Waldbau und Naturschutz

angesprochen werden müssen. Sie dürfen insbesondere das bis heute Praktizierte keinesfalls unterschreiten ohne einen grossen Verlust an Biodiversität zu gewärtigen. Mit Anforderungen, die dem heutigen Standard nicht genügen, wird das Postulat der naturnahen Bewirtschaftung im Abs. 1 durch die Hintertür der Verordnung faktisch wieder aufgehoben. Wenn in der Verordnung erst einmal ungenügende Standards festgelegt sind, werden sie unweigerlich als Sollgrössen betrachtet werden und zu einer fatalen Nivellierung nach unten führen.

**Antrag: Der bisherige Abs. 3 ist wieder in Art. 20 aufzunehmen:**

**„Lassen es der Zustand des Waldes und die Walderhaltung zu, so kann namentlich aus ökologischen und landschaftlichen Gründen auf die Pflege und Nutzung des Waldes ganz oder teilweise verzichtet werden.“**

*Begründung:*

Es gibt auch Wälder, die ihre Funktionen dauerhaft erfüllen, ohne dass der Mensch eingreift. Daher sollte im Art. 20 explizit erwähnt bleiben, dass nicht der ganze Wald bewirtschaftet werden muss. Die Formulierung von Abs. 1 könnte sonst trotz der anders lautenden Erläuterung allzu leicht als Verpflichtung zur Bewirtschaftung interpretiert werden.

**Antrag: Abs. 2 ist folgendermassen abzuändern:**

**„Die Kantone ergreifen Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt im Wald und scheiden zusätzlich angemessene Flächen als Waldreservate aus.“**

*Begründung:*

Nebst der generellen Verpflichtung zu einer naturnahen Wirtschaftsweise sind stellenweise spezielle Massnahmen zugunsten der biologischen Vielfalt nötig, z.B. spezielle Artenförderungsprogramme, welche unter Umständen eine Mehrnutzung des Waldes verlangen. Waldreservate sind wichtige und unverzichtbare permanente Einrichtungen, wo sich der Wald entweder ohne Eingriffe natürlich weiterentwickelt oder wo mit gezielten Massnahmen bestimmte Ziele erreicht werden sollen. Die Kantone sollen angemessene Waldflächen als Reservate ausscheiden. **Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt dürfen sich aber nicht nur auf die Waldreservate beschränken.** Auch ausserhalb der langfristig ausgeschiedenen Flächen sind solche Massnahmen oft nötig und müssen deshalb nach Bedarf ergriffen werden. Nicht jede Erhaltungsmassnahme benötigt ein Waldreservat, dessen Einrichtung oft langsam verläuft und dessen Grenzen meist statisch sind. Daher sind Waldreservate nicht als einzige Massnahme für die biologische Vielfalt, sondern

als zusätzliche Einrichtung nötig. Die beantragte Änderung von Abs. 2 trägt diesem Anliegen Rechnung.

**Antrag: Abs. 3 ist folgendermassen abzuändern:**

„Die Kantone scheiden die Wälder aus, die dem Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten dienen (Schutzwälder) und stellen, **wo es die Schutzfunktion erfordert**, deren minimale Pflege sicher.“

**Begründung:**

Viele Schutzwälder im Alpenraum sind momentan sehr instabil. Die Bäume drohen Belastungen durch Schnee, Wind oder Steinschlag nachzugeben und sind anfällig auf Krankheiten und Schädlinge. Unvorsichtige Eingriffe können die Stabilität weiter verschlechtern. Daher muss so behutsam wie möglich vorgegangen werden. Auch aus Kostengründen beschränkt man sich möglichst auf das minimal Notwendige. Viele der instabilen Wälder sind das Resultat von früheren Aufforstungen oder flächigen Pflanzungen. Durch kluge Behandlung soll die Folgegeneration dieser notorisch anfälligen Wälder ihre natürliche Stabilität wieder erlangen. Natürlich stabile Wälder benötigen oft keine Pflege mehr. Es gibt auch heute bereits Schutzwälder, die nicht auf Pflegemassnahmen angewiesen sind. Es ist daher unverständlich, weshalb gerade in Zeiten knapper Finanzmittel auf die Einschränkung verzichtet wird, dass die Pflege nur dort erfolgt, wo es die Schutzfunktion erfordert.

**Antrag: Abs. 4 ist folgendermassen abzuändern:**

„Der Bundesrat legt Kriterien fest für **die Massnahmen und die Ausscheidung** der Wälder nach den Absätzen 2 und 3 sowie für die Anforderungen an den naturnahen Waldbau.“

**Begründung:**

In Abs. 2 ist nicht nur die Ausscheidung von Waldreservaten gefordert, sondern auch Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt im Wald. Wie oben begründet, sind solche Massnahmen auch ausserhalb von Waldreservaten notwendig. Daher muss der Bund nicht nur die Kriterien für die Ausscheidung von Waldreservaten und Schutzwäldern festlegen, sondern auch die Leitlinien für die Massnahmen der Kantone ausserhalb der Reservate. Dies können spezielle Artenförderungsprogramme sein, wo es Sinn macht, Schwerpunkte derselben national festzulegen.

**Antrag: Abs. 5 ist wie folgt neu zu fassen:**

„Die Kantone erlassen Vorschriften über die überbetriebliche forstliche Planung. Mit dieser sorgen sie für die Vereinbarkeit der Waldnutzung mit dem Schutz vor Naturgefahren, der Erhaltung der biologischen Vielfalt und anderen öffentlichen Interessen.“

**Begründung:**

Die überbetriebliche forstliche Planung soll ein Instrument zur Koordination der verschiedenen öffentlichen und privaten Ansprüche an den Wald und Interessen sein. Dieser Grundsatz soll, ähnlich wie heute im Art. 20 Abs. 2 verankert werden.

**Antrag: Es ist ein zusätzlicher Absatz einzufügen mit folgendem Wortlaut:**

„Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Bewirtschaftung der Wälder nach den Absätzen 2 und 3.“

**Begründung:**

Aus folgenden Gründen drängt sich eine stärkere Einflussnahme des Bundes auf:

1. *Der Bund gewährt den Kantonen gemäss dem NFA-Entwurf der Art. 37 und 38 Abgeltungen und Finanzhilfen für Schutzwälder und für die Massnahmen für die biologische Vielfalt. Er wird dazu mit den Kantonen Programmvereinbarungen abschliessen. Um eine vom Geldgeber gewünschte zielorientierte und effiziente Verwendung der Bundesgelder zu fördern, ist es sinnvoll, dass der Bund die Leitlinien für die Ausübung der speziellen Massnahmen für die Biodiversität festlegt, z.B. in Form von nationalen Aktionsplänen zu Artenförderungsprogrammen*
2. *Nachdem der Bund die Kriterien für die Ausscheidung der Waldreservate festlegt und damit ein nationales Konzept verfolgen kann, ist es schwer nachzuvollziehen, weshalb die Bewirtschaftung der Reservate nach 26 verschiedenen Konzepten erfolgen soll. Mit den Bundesvorschriften ist auch eine verstärkte Anlehnung an internationale Definitionen und Richtlinien sowie eine Einpassung der Schweizer Waldreservate in das europäische Schutzgebietsnetz möglich.*

### **Zu Art. 21 Holznutzung**

#### **Antrag: in Abs. 1 bisherigen Text beibehalten:**

*1 Wer im Wald Bäume fällen will, braucht eine Bewilligung des Forstdienstes. Die Kantone können Ausnahmen vorsehen.*

#### *Begründung:*

*Der heute geltende Gesetzestext steht bei entsprechender Anwendung den Bedürfnissen der effizienten Waldbewirtschaftung keinesfalls entgegen. Er lässt genügend Spielraum für moderne Bewilligungs- und Controllingmethoden. Eine Liberalisierung in der vorgeschlagenen Form ist unbegründet und birgt aus Sicht der multifunktionalen Waldwirtschaft einige Gefahr.*

*Dass die Bewilligung zum Holzfällen nur von einer fachlich geschulten Person mit genauen Standortkenntnissen und einem Gesamtüberblick über die Waldbewirtschaftung erteilt wird, ist bis heute eine der zentralen Errungenschaften der Schweizer Forstwirtschaft. Selbst wenn diese Bewilligung vom kantonalen Forstdienst an den Revierförster delegiert wird und keine Anzeichnung von einzelnen Bäumen bedingt, garantiert sie doch einen umfassenden Blick auf die verschiedenen Waldfunktionen inklusive der Holznutzung..*

### **Zu Art. 22 Kahlschlagverbot**

*Hier stellt die EVP einen Hauptantrag und, sollte diesem nicht gefolgt werden können, einen Eventualantrag.*

#### **Hauptantrag: Art. 22 in der bisherigen Form belassen.**

#### *Begründung:*

*Kahlflächen und Blössen kommen auch im Naturwald vor. Selbst grosse Kahlflächen infolge von Waldbränden, Stürmen, Schädlingen oder Krankheiten sind nichts Unnatürliches und vergrössern sogar die biologische Vielfalt des Waldes. Denn auf solchen Flächen mit ihren speziellen ökologischen Bedingungen finden entsprechend angepasste Pflanzen- und Tierarten ihren Lebensraum. Für die Natur sind solche Flächen jedoch nur von bleibendem Wert, wenn die weitere Entwicklung ebenfalls natürlich verläuft. Gerade dieses ist jedoch nicht im Sinne des Revisionsvorschlages, wo Kahlschläge erklärtermassen primär der effizienten Waldbewirtschaftung dienen. Um rasch wieder einen nutzbaren Bestand zu erhalten, kann auf grossen verjüngungsfreien Kahlschlagflächen nicht auf die Naturverjüngung und die na-*

türliche Sukzession gewartet werden. Die daher erforderlichen Massnahmen (z.B. Schlagräumung, evtl. Bodenvorbereitung, Pflanzung, Pflege, Wildschutz) sind aufwändig und kostspielig. Es muss daher bezweifelt werden, ob das Ziel der Kosteneffizienz in der Gesamtbeurteilung mit Kahlschlägen erreicht werden kann.

Kahlschläge würden die Schweizer Forstwirtschaft in Kürze bei der Bevölkerung diskreditieren. Die Wälder verlören nebst ihrer biologischen Funktion auch ihre Stabilität, ihren Erholungswert und ihre Attraktivität im Landschaftsbild. Es gibt in der Schweiz genügend Ansatzpunkte und auch praktische Erfahrungen, wie eine effiziente Waldbewirtschaftung und eine rentable Holzproduktion erzielt werden können, ohne dass wichtige waldbaulichen Prinzipien missachtet werden. Durch eine sinnvolle Kombination von klugem Waldbau mit Hilfe der Natur (biologische Rationalisierung), massvollem Einsatz der Technik, geschickter Produktdiversifizierung, sinnvollen Betriebsformen und Kooperation und Zusammenarbeit in der Holzkette lässt sich mindestens soviel gewinnen wie mit Kahlschlägen ohne Nutzen für die Natur. Aus diesen Überlegungen und angesichts der Tatsache, dass Art. 22 ja bereits heute eine Ausnahmemöglichkeit für besondere waldbauliche Massnahmen vorsieht, wird die vorgeschlagene

Änderung entschieden abgelehnt.

#### **Eventualantrag zu Art. 22:**

Falls unserem Hauptantrag nicht stattgegeben werden sollte, so stellen wir folgenden Eventualantrag:

**Kahlschläge auf einer Fläche von mehr als einer Hektare ..... sind verboten.**

Begründung:

Dem Wunsch nach einer effizienten Waldbewirtschaftung und der Erkenntnis, dass solche freilandähnliche Bedingungen für bestimmte Arten wichtig und auch im Sinne der Biodiversität sind, wird einer Zulassung von Kahlschlagflächen bis zu 1ha zugestimmt.

Die Zulassung von 2ha ist aber auf jeden Fall entschieden abzulehnen: Eine effiziente Waldbewirtschaftung kann bestens mit 1 ha Kahlschlagfläche erreicht werden. In Gebieten mit starker Parzellierung durch verschiedene Eigentümer könnte mit dem Begehren für 2 ha Kahlschlag von mehreren Besitzern ein unerwünschter und übermässiger Eingriff mit vielen ha Kahlschlag im gleichen Gebiet gemacht werden. **Hier fragt sich, ob nicht grundsätzlich z.B. prozentual festgelegt werden müsste, wie viel Fläche innerhalb von gewissen Zeiträumen maximal für den Kahlschlag in einem Waldgebiet freigegeben werden dürfen?** Der schonenden Bewirtschaftung unter Berücksichtigung der Wetter- und Bodenverhältnisse muss in Kahlschlägen besondere Beachtung und Aufmerksamkeit geschenkt werden!

#### **Zu Art. 29 Ausbildungsaufgaben des Bundes**

**Antrag: Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:**

Der Bund beaufsichtigt, koordiniert und fördert die forstliche Ausbildung. **Er sorgt für eine regelmässige Aus- und Weiterbildung der im Wald beschäftigten Personen in Standortskunde, Waldbau und Naturschutz.**

Begründung:

Die in Art. 20 geforderten Bewirtschaftungsgrundsätze können nur von Personen kompetent umgesetzt werden, die in Standortskunde, Waldbau und Naturschutz geschult sind. Weil sich



das Wissen und die Erkenntnisse in naturnahem Waldbau ständig weiterentwickeln, ist die diesbezügliche Weiterbildung wichtig.

**Art. 41 a (neu)**

**Antrag: Abs. 1 ist folgendermassen abzuändern:**

**„Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Kennzeichnung der Art und Herkunft von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und deren Verarbeitungsprodukten.“**

*Begründung:*

Das Wissen um die Art und die Herkunft von Holz und Holzprodukten ist nicht nur ein Mittel zur Förderung von Qualität und Absatz. Es dient den Konsumenten auch als Information, falls sie sich bewusst für oder gegen den Kauf von Holz oder Holzprodukten aus bestimmten Regionen entscheiden wollen. Daher ist eine Deklaration von Art und Herkunft (Ursprungsland) des in der Schweiz angebotenen Holzes inklusive Verarbeitungsprodukte generell sinnvoll.

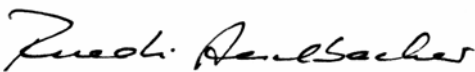
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher  
Nationalrat



Joel Blunier